

Frankfurter Rundschau

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG MONTAG, 4. SEPTEMBER 2023 • 79. JAHRGANG • NR. 205 • D • D2972 • 3,30 €

„Raus aus der Blase, ran an die Basis“

Der Bundestag agiert abgehoben und fern der Lebensrealität der Menschen, kritisiert die Soziologin Christiane Bender - und hat eine Idee, wie es besser gehen könnte

Seiten 2/3



Eine transparente Kuppel macht noch kein Parlament mit Volksnähe: das Reichstagsgebäude in Berlin.

JOHN MACDOUGALL/AFP

BAYERN

Söder macht weiter mit Aiwanger

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hält an seinem Vize Hubert Aiwanger fest, obwohl der Fragen zum Antisemitismus-Skandal nicht wirklich beantwortet. **Bericht S. 4, Leitartikel S. 11**



MICHAEL SCHICK

FAHRRADBRANCHE

Arbeiten bis zum Burnout

Lange Wartezeiten für die Kundschaft und Stress bei den Beschäftigten: Der Fahrradhandel steckt in einer Krise, während die Branche unvermindert boomt. **Seiten 16/17**

FUSSBALL-BUNDESLIGA

Wie Frankfurt Kolo Muani vergessen will

Seite S1/S2



PANTHERMEDIA

HESSEN

Ernährung in Schulen im Fokus

Zum Schulstart fordert der Frankfurter Ernährungsrat gesünderes Essen. Die Stadt sieht keinen Handlungsbedarf. Die Erstausrüstung mit Ranzen nebst Inhalt wird immer teurer. **Seiten D2/D3, 10**

BIENNALE

Meisterhaftes auf der Kinoleinwand

Am Lido in Venedig sind mehrere Höhepunkte zu sehen, unter anderem das Biopic „Maestro“ über Leonard Bernstein und der Film „Poor Things“ mit Emma Stone. **Seiten 20/21**



1 0036

FRANKFURTER RUNDSCHAU, 60266 Frankfurt am Main, Telefon 069/21 99-1
Anzeigen-Service: Fax 069/7501-33 37, Telefon 069/7501-33 36, E-Mail: service@rmm.de
Abo-Service: Fax 069/21 99-32 64, Telefon 069/21 99-30 00, E-Mail: kundenservice@fr.de
DPAG Entgelt bezahlt.

INHALT

Politik	4	Magazin	14	Wetter	27	TV-Programm	25
FR Klima	9	Wirtschaft	16	Sport	51	Impressum	6
Meinung	10	Feuilleton	20	Rhein-Main	D1		
Rätsel	12	Panorama	26	Familienanzeigen	24		

»FR.DE

Nachrichten aus Rhein-Main
Deutschland und der Welt

4 199074 203304

Demokratie

Im Deutschen Bundestag sitzen 20 Abgeordnete mit Hauptschulabschluss. Dagegen leben in der Bundesrepublik mehr als 20 Millionen Menschen, die ebenfalls über einen Hauptschulabschluss verfügen. Das ist quasi ein Drittel der Wahlberechtigten. Die Soziologin Christiane Bender spricht im Interview über dieses Ungleichgewicht in Deutschlands höchstem Parlament, über eine verlorengegangene Verankerung der Politik in der Gesellschaft und damit verbundene Gefahren für die Demokratie. Einen Vorschlag, um dieses Problem zu beheben, hat sie auch.

Frau Bender, Sie sprechen von einer „Repräsentationslücke“ bei den nur 20 Abgeordneten mit Hauptschulabschluss im Bundestag. Was bedeutet diese Lücke für unsere Demokratie?

Die Abgeordneten im Bundestag haben nach dem Grundgesetz den Auftrag, das ganze Volk zu vertreten. Wenn Politik hauptsächlich von Politikern betrieben wird, die einer ziemlich homogenen, noch dazu privilegierten Schicht angehören, ist die Gefahr sehr groß, dass die Politik stark auf deren Interessen ausgerichtet ist.

Warum?

Aus dem einfachen Grund, weil – in bester Absicht – Menschen dazu neigen, ihre eigenen Erfahrungen zu verallgemeinern. Die Lebenslagen des größten Teils der Wähler und Wählerinnen ist aber dadurch gekennzeichnet, dass sie die Auswirkung des sozialen Wandels unmittelbar spüren: Unternehmen schließen, Mieten steigen, die Lebenshaltung und Energie wird teurer. Diese Bürgerinnen und Bürger verfügen aber kaum über Abgeordnete, die sie aus eigener Erfahrung vertreten können.

Wie äußert sich das?

Die Abgeordneten sprechen nicht deren Sprache, so dass sich diese Wähler und Wählerinnen nicht repräsentiert fühlen. Gerade Menschen mit nicht-akademischen Laufbahnen sind am ehesten von sozialen Verwerfungen betroffen und in hohem Maße vom Gelingen der Politik, etwa von sozialstaatlichen Reformen, abhängig, denn ihnen fehlt das „Polster“, um Krisen zu überstehen.

Weshalb macht es einen so großen Unterschied, wer im Parlament sitzt und entscheidet?

Trotz der großen Zahl von Abgeordneten im Bundestag, die in ihren Wahlkreisen in den „Bürger-Dialog“ treten, gelingt es „der politischen Klasse“ derzeit kaum, ihre Politik Bevölkerungsgruppen außerhalb der akademischen Großstadtmilieus nahezubringen. Im Bundestag fehlen Pragmatiker, die über basistahe Kenntnisse der Umsetzung von Politik verfügen und auf die vorhandenen Gefühle der Ungewissheit vieler Menschen an der gesellschaftlichen Basis eine befriedigende Antwort geben.

Die meisten der 736 Bundestagsabgeordneten haben studiert,



„Im Bundestag fehlen Pragmatiker“

Soziologin Christiane Bender über die Bereicherung des Parlaments durch Menschen aller Schichten, ihre Zweifel am Sinn von Bürgerräten und warum ein Jura-Studium keine Garantie für gute Politik ist

Ein Interview von Clemens Dörrenberg

auffallend viele sind Juristinnen oder Juristen.

Wir wollen keine Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielen. Wünschenswert ist ja eine breite Repräsentation von Fähigkeiten aus der gesamten Bevölkerung, die wiederum der Mehrheit der Bevölkerung zugutekommt. Und selbstverständlich werden in rechtsstaatlich verfassten Organen wie dem Bundestag und der Regierung Zuständigkeiten für juristische Fragen benötigt.

Aber nicht nur.

Bedenkenswert ist, dass Abgeordnete mit Jurastudium – um es vorsichtig auszudrücken – auch ihren gewaltigen Anteil daran haben, unsere Gesellschaft in ein bürokratisches Monstrum zu verwandeln und unnötig Komplexität aufzutürmen, die nur sie durchschauen können. So etwas nennt man Herrschaftswissen,

um andere Menschen mit anderen Fähigkeiten zu diskriminieren. Früher siedelten sich Unternehmen in Deutschland an, weil ihnen der rechtliche Rahmen Ver-

lässlichkeit bot; heute bleiben sie wegen der unüberschaubaren Bürokratie weg.

Welche Folgen hat eine einseitige Repräsentation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen noch?

Wenn ein großer Teil der Bevölkerung kaum berücksichtigt wird, wendet er sich von der Politik ab. Bei der letzten Bundestagswahl stellten die Nicht-Wähler die größte „Partei“. Die Folgen sind Vertrauensverlust in die Politik, möglicherweise dann in die Institutionen und schließlich in die Demokratie, in der sie zu wenig vorkommen. Ich brauche an dieser Stelle nicht auszuführen, dass Parteien und Personen mit einem Gegenentwurf zur Demokratie schon bereitstehen, im Namen der Enttäuschten zu sprechen.

Sie sprechen von der AfD. Wer kann die denn stoppen?

Die anderen Parteien. Politik setzt sich aus Personen, Parteien und Programmen zusammen.

Welche konkret?

Die bürgerlichen Parteien. Insbesondere die beiden Volksparteien weisen in Deutschland eine stolze Geschichte auf, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Ihre Politiker haben für die Bevölkerung glaubhaft und verständlich ihre Politik verkörpert. Das gelingt ihnen derzeit kaum noch, die mächtigen parteiinternen Netzwerke scheinen wenig am Gesamtwohl von Partei und Land interessiert zu sein.

Sie hoffen also weder auf die SPD noch auf die CDU.

Die jüngere Partei Bündnis 90/Die Grünen kann eine große Bereicherung sein, wenn es ihr gelingt zu überzeugen, dass sie nicht nur eine Akademiker-Partei ist, sondern dass sie auch die Interessen breiter Bevölkerungsschichten vertreten kann und die ökologische Transformation mit der nötigen Offenheit vorantreibt und nicht Top-down.

Und wie können die das Problem angehen?

Leicht wird das nicht. Aber es ist fünf vor zwölf. Raus aus der Blase, ran an die Basis. Leider sind die Beziehungen der Parteien zu den ehemaligen Großorganisationen wie Gewerkschaften, Kirchen, Berufsverbänden und Vereinen geschwunden.

Woran mangelt es?

Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten scheinen die Parteikarrieren nicht mehr zuzulassen. Medienpräsenz konkurriert mit Präsenz in der Region, im ländlichen Raum, bei Stadtfesten, im Ortsverein. Also: mehr Angebote machen, interessante Mitgliederwerbung, Berührungängste überwinden.

Was läuft derzeit schief?

Zurzeit gefallen die Parteien sich mit immer neuen selbstgefälligen Abgrenzungsstrategien gegen die AfD und treiben damit die Wähler der Partei in die Arme. Die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung in transparente und bürgernahe Politik umsetzen, das hilft am meisten.

Um Lücken im Bundestag zu schließen, haben Sie mit Ihrem Kollegen Hans Graßl ein Losverfahren vorgeschlagen.

Die Beobachtung der Zunahme von Nichtwählern, oftmals in den Wohngebieten mit einkommensschwächerer Bevölkerung, bot den Anlass für unseren Vorschlag.

Was steckt dahinter?

Wir vermuten, die Wahlbeteiligung wird steigen und der Bundestag erhielte wieder die Aufmerksamkeit durch die Aktivitäten und Reden der ausgelosten Abgeordneten, die er in einer lebendigen Demokratie als zentrales gesetzgebendes Organ benötigt.

Eine Art Losverfahren hat auch der Bundestag zuletzt mit dem

82

PROZENT

der Abgeordneten im Bundestag haben einen Hochschulabschluss. Nach den jüngsten Daten des Statistischen Bundesamtes besitzen 18,5 Prozent der Menschen in Deutschland einen solchen Abschluss.

PER LOS INS PARLAMENT

Fünf Prozent der Abgeordneten des Bundestages sollen per Los ermittelt werden. Sie hätten die gleichen Rechte wie die gewählten Abgeordneten – außer dem, mit abzustimmen: Das sind die Kernpunkte des moderaten Losverfahrens, das Christiane Bender zusammen mit dem Soziologen Hans Graßl von der Universität Siegen vorgeschlagen hat. Das Parlament werde so gestärkt und attraktiver für die breite Bevölkerung, argumentieren sie.

Als Vorbild dienen Bender und Graßl die „Berliner Abgeordneten“. Sie wurden nach dem Zweiten Weltkrieg, während des Viermächte-Status von 1949 bis 1990, vom Berliner Abgeordnetenhaus in den Bundestag entsandt, da es damals in Berlin keine Bundestagswahl gab. cd

FR-REIHE Kippunkte der Demokratie

Nur wenig ist so wirkmächtig wie das stete Tropfen, das den Stein höhlt. Zu den tragenden Grundannahmen des Westens und auch der Bundesrepublik gehörte lange Zeit die Auffassung, dass die Demokratie als Staatsform die stabilste und attraktivste aller Möglichkeiten sei.

Doch die pluralen und demokratischen Gesellschaften stehen weltweit unter Druck – auch in Europa, auch in Deutschland. Sie stehen zunehmend unter Druck, weil Rechte mit perfiden Strategien ihre Fundamente angreifen. Sie stehen unter Druck, weil Medien, die Justiz und engagierte Menschen angegriffen werden, Minderheiten um ihre Sicherheit fürchten müssen – und Regierungen falsch oder sogar in Absicht falsch reagieren. Am Anfang steht, das Unsagbare sagbar zu machen, am Ende folgt womöglich die Tat.

Die Frankfurter Rundschau stellt in loser Folge solche Kippunkte der Demokratie vor: Sie gefährden die Demokratien in ihren Grundfesten, sie gefährden den Zusammenhalt in den Gesellschaften. FR

Selbstbewusst ins „Haifischbecken“

Ohne Dokortitel im Parlament aufzutreten, kann durchaus von Vorteil sein

VON CLEMENS DÖRRENBERG

Über das Klientel ihrer Parteien haben Muhamad Al-Halak (FDP) und Tina Winklmann (Grüne) die gleiche Ansicht. Beide Bundestagsabgeordnete finden, dass die jeweilige Partei, der sie angehören, keine „Akademiker-Partei“ sei. Dennoch gibt es unter den ins Parlament Gewählten – nicht nur der beiden Regierungsparteien – wenige, die nicht studiert haben. Viele tragen gar einen Dokortitel. Und nicht bloß honoris causa.

Von den 736 Abgeordneten hat der Großteil mindestens einen Hochschulabschluss. Aus allen Fraktionen sitzen nur insgesamt 20 Abgeordnete im Parlament, die nach der Hauptschule aufgewachsen sind. Winklmann und Al-Halak sind zwei von ihnen. Sie hat Verfahrensmechanikerin für Kunststoff- und Kautschuktechnik gelernt. Er hat eine Ausbildung zur Fachkraft für Abwassertechnik abgeschlossen.

„Ich bin in der Partei, seit ich 16 bin“, sagt Winklmann. Bereits ein Jahr vorher, gleich zu Beginn ihrer Lehre, sei sie Gewerkschaftsmitglied geworden, berichtet die 43-jährige Oberpfälzerin, die aus einem politisch geprägten „Arbeiterhaushalt“ stammt, wie sie sagt. Ihr Akzent belegt die bayrische Herkunft. In dem CSU-geprägten Umfeld habe es keinen Grünen-Ortsverein in der Nähe gegeben. Deshalb habe sie auch weite Wege zu Parteitreffen mit dem Fahrrad nicht gescheut, um neben der Arbeit politisch aktiv sein zu können. Ihr Weg in die Politik sei klar gewesen, meint Winklmann.

Winklmann und Al-Halak versuchen, in Schulen junge Leute zu motivieren, indem sie ihre Geschichte erzählen. „Wir brauchen euch, weil ihr wisst, wovon ihr sprecht“, formuliert es die Grünen-Abgeordnete, wenn sie sich an Schülerinnen und Schüler wendet. „Politik hat immer mit Reindenenken zu tun.“ Deshalb sei es auch so wichtig, dass „unterschiedliche Biografien im Parlament“ vertreten seien, um den Bundestag „vielfältiger“ zu machen. Im Parlament gehöre die ganze Gesellschaft gespiegelt. Dennoch halten sich zu viele Menschen von der Politik fern. Für Arbeiter:innen im Schichtbetrieb etwa sei es auch gar nicht so einfach, sich nebenbei noch politisch zu engagieren, muss Winklmann eingestehen.

Al-Halak ist auch wichtig, dass nicht nur Berufspolitiker:innen im Parlament sitzen. Junge Menschen, die aktiv werden wollen, sollten sich deshalb fragen: „Was muss ich studieren, um Politiker zu werden?“ Vielleicht bedeutet Studieren aber nicht unbedingt ein Hochschulstudium.

Al-Halak ist auch wichtig, dass nicht nur Berufspolitiker:innen im Parlament sitzen. Junge Menschen, die aktiv werden wollen, sollten sich deshalb fragen: „Was muss ich studieren, um Politiker zu werden?“ Vielleicht bedeutet Studieren aber nicht unbedingt ein Hochschulstudium.